

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 - stock.adobe.com

Aufruf von CED und ERO zur Solidarität mit der Ukraine

Mit großer Bestürzung und Sorge haben die beiden größten zahnärztlichen Berufsverbände in Europa, der Council of European Dentists (CED) und die Europäische Regionalorganisation des Weltzahnärztebundes (ERO), auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine reagiert.

CED-Präsident Dr. Freddie Sloth-Lisbjerg und ERO-Präsident Dr. Michael Frank erklärten Anfang März im Namen ihrer Mitgliedsorganisationen ihre volle Solidarität mit den Zahnärztinnen und Zahnärzten in der Ukraine, ihren Praxisteams und allen Einwohnern des umkämpften Landes. In vielen Mitgliedsländern des CED und der ERO wurden bereits Spenden- und Hilfsaktionen gestartet, auch von der Zahnärzteschaft. Sloth-Lisbjerg und Frank baten alle Zahnärztinnen und Zahnärzte, diese Aktionen im Interesse aller zu unterstützen, die von den Folgen der Kämpfe betroffen sind.

HERA-Behörde nimmt Kontur an

Die Europäische Kommission in Brüssel hat einen ersten Arbeitsplan der neu eingerichteten Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) vorgelegt. Demnach steht für die neue Behörde in diesem Jahr ein Budget von 1,3 Milliarden Euro bereit, um grenzüberschreitenden Gesundheitskrisen vorzubeugen und Maßnahmen zur Vorbereitung auf künftige Krisen zu entwickeln. Insgesamt soll HERA bis 2027 eine Summe von sechs Milliarden Euro zur Verfügung stehen. In der Anfangsphase soll die neu gegründete Einheit eng mit den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten sowie der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um die EU vor künftigen Gesundheitsgefahren besser zu schützen. Ein Teil des HERA-Budgets wird dabei in die Erforschung und Entwicklung gehen. Weitere Mittel sollen in den Aufbau eines Netzes stets betriebsbereiter Produktionsanlagen fließen, die im Notfall aktiviert werden können.

Studie vergleicht Gesundheitssysteme in Europa

Das Wissenschaftliche Institut der Privaten Krankenversicherung (WIP) hat im Februar eine vergleichende Studie über die

europäischen Gesundheitssysteme präsentiert. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede beim Zugang zu Gesundheitsleistungen in den EU-Mitgliedstaaten.

Deutschland schneidet nach Einschätzung der Wissenschaftler mit seinem umfangreichen Leistungskatalog, seinen geringen Wartezeiten und der ausgeprägten Patientenautonomie bei der Wahl von Ärzten oder Krankenhäusern im Ländervergleich sehr gut ab. So hätten deutsche Patienten europaweit den schnellsten Zugang zu innovativen Arzneimitteln. Für deutsche Versicherte sei es zudem selbstverständlich, einen Haus- oder Facharzt ihrer Wahl zu konsultieren. Im Gegensatz zu anderen Ländern sei auch keine Registrierung bei einem festen Hausarzt Pflicht. Die WIP-Studie zeigt zudem auf, dass die Leistungen in anderen Ländern deutlich leichter gekürzt werden können.

Maßnahmenkatalog zu Antibiotikaresistenzen

Angesichts einer weltweit wachsenden Bedrohung durch Antibiotikaresistenzen möchte die Europäische Union den Kampf gegen diese dramatische Entwicklung weiter intensivieren. In der EU ist die Anzahl an Infektionen durch antibiotikaresistente Bakterien seit 2007 kontinuierlich angestiegen. Infektionen, die durch multiresistente Keime ausgelöst werden, sind jährlich für etwa 33 000 Todesfälle innerhalb der Union verantwortlich.

Vor diesem Hintergrund will die EU-Kommission eine Empfehlung für umfassendere Maßnahmen gegen Antibiotikaresistenzen erarbeiten, die die EU-Mitgliedstaaten im Herbst annehmen sollen. Zur Vorbereitung hat die Brüsseler Behörde aktuell eine öffentliche Sondierung gestartet, bei der eine breite Öffentlichkeit ihre Vorschläge und Vorstellungen einbringen kann.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK